

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 8, 22. April 1998

rechts

Einblicke

Unendliche Debatte

Von Ralf Bachmann

Rabbiner Edward van Voolen war eigens aus Holland angereist, um sich bei einer Podiumsdiskussion in der Berliner Humboldt-Universität zum Thema Holocaust-Mahnmal zu beklagen: „Zwölf Jahre hat es gedauert, bis die Juden Europas ermordet waren, zehn Jahre dauert nun schon der Hickhack um das Denkmal dafür. Das empört mich.“ Der Rabbiner, der seine Angehörigen in Auschwitz verloren hat, fügte hinzu, er sei nicht gegen die Diskussion selbst, die manche Wahrheiten zu Tage gefördert habe, sondern gegen das quälende Hin und Her, das einen entscheidenden Schönheitsfehler aufweise: „Die Ermordeten kann man nicht mehr fragen, warum fragt man aber ihre Angehörigen nicht, die lebenden Juden Europas, was für ein Mahnmal sie wollen?“ Etwa zur gleichen Zeit war eine der Überlebenden in Berlin, die heute in London wohnende Cellistin Anita Lasker-Wallfisch, die vor der Gaskammer nur rettete, daß sie dem berühmten Auschwitz Mädchenorchester angehörte. Auch sie bedauerte das Nicht-Gefragt-Sein. Ein Mahnmal müsse akzeptiert werden, wenn es Zweck haben soll. Ein Holocaust-Denkmal der geplanten Abstraktion und Überdimension könne die Menschen auch abschrecken, statt sie in Bann zu ziehen. Schlichtes Gedenken an einfachen Rosenrabatten könne viel tiefer in Herzen und Hirne eindringen.

Zur Besonnenheit und Bescheidenheit im Zusammenhang mit dem Mahnmal forderte in jüngster Zeit neben anderen auch Andreas Nachama auf. Die Opfer ehren, das größte Verbrechen des 20. Jahrhunderts anprangern, das Deutschlands ewiges Schandmal bleiben wird - dafür sind sie alle. Aber dazu braucht man nicht des Landes größtes, modernstes und ungeheuerlichstes Mahnmal, dazu genügt ein stiller Platz des Niederknien vor den Millionen Opfern. In wenigen Tagen ist wieder der 8. Mai. Er erinnert uns daran, daß es Wichtiges gibt als Monumente. Fast täglich werden jüdische Gräber geschändet und an Stammtischen antisemitische Witze erzählt. Es gibt noch unendlich viel zu tun, wäre auf einer Stelle eingemeißelt, die von den Opfern selbst errichtet würde.

Relativierung

Der Historiker Franz Seidler hat in seiner Publikation, mit der er gegen die Wehrmachts-Ausstellung zu Felde zieht, willkürlich Quellen verfälscht. **Seite 2 ■**

Politisches Nachbeben

Die jüngsten Regionalwahlen in Frankreich haben möglicherweise eine Umwälzung der Parteienlandschaft - wie vor wenigen Jahren in Italien - zur Folge.

Seite 4 ■

Fan-Werbung

Die NPD agitiert eifrig unter den Anhängern eines Berliner Fußballvereins.

Seite 6 ■

Ungesühnte Morde

Der frühere SS-Mann Anton Malloth lebt bis heute unbehelligt in einem Altenheim.

Seite 8 ■

Anthroposophen

Die Steiner-Jünger zeigen ein merkwürdiges Verständnis, was den Rassismusbegriff anbelangt.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Grauzone**Relativierung von
Kriegsverbrechen**

Mit seinem „Verbrechen an der Wehrmacht“ betitelten Werk will der Historiker Franz Seidler die Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht disqualifizieren. Der SPD-Politiker Gernot Erler sieht in der Seidler-Publikation „direkt von der NS-Ideologie beeinflusste Greuelgeschichten der Wehrmachtspropaganda wiedergegeben“.

Die Bundesregierung mußte jetzt immerhin einräumen, daß die bevorzugte Zurverfügungstellung von Quellenmaterial des Bundesarchivs-Militärarchiv (BAMA) an den emeritierten Professor an der Bundeswehruniversität München fehlerhaft war. Dies teilte sie in ihrer Antwort auf entsprechende Fragen des SPD-Bundestagsabgeordneten Gernot Erler vor wenigen Tagen mit. Zu der von Erler befürchteten, möglicherweise fatalen internationalen Wirkung der Seidler-Publikation, in der „direkt von der NS-Ideologie beeinflusste Greuelgeschichten der Wehrmachtspropaganda wiedergegeben“ würden, so der Abgeordnete, mochte sich die Bundesregierung indes nicht äußern. Seidler trage für seine Forschungsergebnisse die alleinige Verantwortung. Der ultrarechte Kontakte nicht scheuende Historiker, auch schon als Gutachter für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tätig, soll nachstehend an seiner eigenen Verpflichtung gemessen werden, „Legenden zu entschleiern, Fälschungen zu entlarven und Lügen aufzudecken“ (FAZ 6.3.1998).

■ Verfälschung von Quellen ■

In dem als „Antwort auf die Ausstellung ‘Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945’“ gedachten Buch rühmt Seidler sich, zu wissen, damit nicht „politisch korrekt“ sein zu können (S.6), was immer das für ihn bedeuten mag. Schon eine erste Prüfung läßt allerdings Zweifel an der wissenschaftlichen Korrektheit seiner Edition aufkommen. Auf jeden Fall hat er dabei gegen seinen eigenen Kriterienkatalog verstoßen, nach dem seine „Dokumentation ... keinen Raum für Verfälschungen, textliche Irreführungen und willkürliche Behauptungen (lassen soll)“.

Es beginnt mit dem Titelphoto, das einen am 20.7.1941 bei Ivanowzy ermordeten deutschen Soldaten zeigen soll. Sowohl die Orts- als auch die Zeitangabe sind falsch. Das Photo stammt vielmehr aus dem Band RW 2/153, Bl.40 des Bundesarchivs-Militärarchiv, und diente dort der Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUST) als Beleg für einen Massenmord an deutschen Soldaten am 30. Juni 1941 (1. Juli) an der Straße bei Klewan-Broniki. Seidler selbst hat dieses Vorkommnis als „Fall 30“ abgehandelt. Es ist geeignet, die aus dem Entstehungszusammenhang heraus verständliche Einseitigkeit der von ihm verwendeten Quellen aufzuzeigen. Am 30.6./1.7.1941 nämlich hatte die 25. württembergische Infanterie Division zur Sicherung des Brückenkopfes Rowno außerordentlich schwere und verlustreiche Kämpfe zu bestehen. Die tatsächlichen und/oder vermeintlichen sowjetischen „Verstöße“ gegen das Kriegsvölkerrecht sind anschließend deutscherseits ermittelt und von der WUST zusammengetragen worden. Das wechselvolle Kampfgeschehen und die außerordentliche Erbitterung, mit der damals offenbar von beiden Seiten gekämpft wurde, fand dagegen keine Erwähnung. So wurde z.B. nach dem Gefechtsbericht des 119. Regiments bei dessen III. Bataillon der „Gegner in Stärke von etwa 100 Mann vernichtet. Gefangene wurden nicht gemacht“. Das Bild wird noch abgerundet durch die Tatsache, daß nahezu zeitgleich in Rowno „als Sühne für einen im Judentum angeschossenen Unteroffizier 150 Juden (von einer deutschen Pionier-Einheit) standrechtlich erschossen und die in Frage kommenden Häuser in die Luft gesprengt“ wurden. Es erscheint deshalb als wenig angemessen, von einer - wie im Klappentext auf der Rückseite des Seidlerschen Buches geschehen - „völlig objektiven und unbestechlichen ‘Wehrmacht-Untersuchungsstelle’“, zu sprechen.

Seidler gibt vor, mit seinem Buch 6 im Bundesarchiv-Militärarchiv verwahrte Aktenbände der WUST edieren zu wollen. Dabei mag es noch angehen, wenn er die Anlagenbände eigenhändig zusammengefaßt und deshalb die Hinweise in den „Einleitungstexten“ auf diese Bände mit den dortigen Zählungen der Vorkommnisse stillschweigend im Hinblick auf die Reihung in seiner Dokumentation abgeändert hat. Jedoch änderte Seidler auch die Texte der angeblich im Original wiedergegebenen „Einleitungstexte“ ab. So wurde schon bei der zweiten Überschrift trotz der das Zitat eigentlich heraushebenden Anführungszeichen aus dem Original: „Kriegsverbrechen der russischen Wehr-

macht. Teil 2“ bei Seidler: „Kriegsverbrechen der russischen Wehrmacht 1942“ (vgl. S.65). Dies setzte er fort, indem er z.B. die Bezeichnungen „Sowjet-Wehrmacht“ oder „bolschewistischer Wehrmachtangehöriger“ des Originaltextes austauschte gegen „Rote Armee“, „Sowjetarmee“ oder bolschewistischer Armeeangehöriger (vgl. RW 2/147, Bl.4 mit S.58, RW 2/150, Bl.3 mit S.65 und RW 2/147, Bl.9 mit S.60).

Seidler läßt aber auch Textpassagen ohne besondere Kenntlichmachung aus. Statt wie bei ihm (auf S.58 zum Dokument 3) nur: „u.a. die folgenden ‘Mängel’ fest“ müßte die Sentenz - vollständig wiedergegeben - lauten: u.a. die ‘folgenden schädlichen, jetzt sogar verbrecherischen Mängel’, fest“ (vgl. RW 2/147, Bl.6). Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß selbst dieses Zitat aus dem Einleitungstext noch immer nicht wörtlich mit der tatsächlichen Quelle übereinstimmt. Dort hieß es nämlich: „In der Zeit der Kämpfe bemerkt man ... folgende politisch schädlichen, jetzt sogar verbrecherischen Mängel“ (s.S.62). Die Liste der willkürlichen Eingriffe ließe sich verlängern.

Durch den deutscherseits der WUST eingeräumten Stellenwert zur Begegnung gegnerischer Vorwürfe gegenüber der deutschen Kriegsführung und zur Gewinnung eigener Propagandamöglichkeiten, stehen die zusammenfassenden Aussagen der WUST durchaus unter einem gewissen „Ideologieverdacht“. Und um eine solche nationalsozialistisch geprägte Wehrmachtspropaganda handelt es sich bei den von Seidler edierten „Einleitungstexten“.

Diese Tendenz wird beispielsweise deutlich bei den Differenzen zwischen den in den „Einleitungstexten“ gegebenen Wertungen und den aus den beigefügten Dokumenten zu ermittelnden Sachverhalten. So wurden Hinweise auf menschliche Regungen oder etwa die Bereitschaft zur Hilfeleistung bei sowjetischen Soldaten bzw. entlastende Umstände ausgelassen resp. unterdrückt (z.B. S.68 bei den Aussagen Demschenkos, Dimitrijews und Gajewskis, vgl. dazu RH 2/151, Bl.12, Bl.14 und 19). Sie manifestiert sich schließlich in den einleitenden, entlarvenden Sätzen zu den „Kannibalismus“-Vorkommnissen (vgl. S.344). Der Beweis des „Untermenschentums“ auf sowjetischer Seite war damit erbracht.

Im Grunde aber bricht damit der apologetische Versuch Seidlers, mit Hilfe der „tu quoque“-Analogie die Wehrmachtsausstellung zu disqualifizieren und die Verbrechen der Wehrmacht zu relativieren, zusammen. Der „Vorwurf“ fällt auf den

Urheber zurück, die deutsche Wehrmacht, denn diese war für die Umstände, die zu diesen Vorkommnissen führten, verantwortlich zu machen.

Zur Einführung Seidlers soll allgemein nur soviel angemerkt werden, daß er, wenn er sein Buch schon „Verbrechen an der Wehrmacht“ nennt, sich dann selber mindestens ebenso an der eigenen, in diesem Punkt hinsichtlich der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ geübten Kritik messen lassen müßte, vgl. S.10-13.

■ Nationalsozialistisch geprägte Wehrmachtspropaganda ■

Zum völkerrechtswidrigen Partisanenkrieg, auf den die Wehrmacht angeblich nicht vorbereitet gewesen sein soll, S. 29: Zunächst einmal schützt weder Dummheit vor Strafe noch ein „Unvorbereitetsein“ auf ein „mögliches“ Kriegsbild vor dessen Anwendung in einem Kriege. Die sowjetische Abstützung der Kriegsführung auf einen Partisanenkrieg war in der deutschen Militärwissenschaft vor Kriegsausbruch bekannt. Schließlich wußte der deutsche Generalstab des Heeres bereits um den 1. August 1941 vor der möglichen Einschätzung der sowjetischen „Partisanen-Abteilungen ... (als) völkerrechtlich kämpfende Formationen“.

Die deutsche Wehrmacht fand auf diese „neue“ Kampfform zunächst keine andere Antwort als den Versuch der gewaltsamen Unterdrückung durch Terror, d.h. „wenn die Besatzungsmacht denjenigen Schrecken verbreitet, der allein geeignet ist, der Bevölkerung jede Lust zur Widerständigkeit zu nehmen“, und Vernichtung: „Der Feind muß vollständig vernichtet werden. (...) Richtig handelt, wer unter vollkommener Hintansetzung etwaiger persönlicher Gefühlsanwandlungen rücksichtslos und unbarmherzig zupackt“.

Das Versäumnis, sich nicht rechtzeitig und ausreichend auf die Gegebenheiten eines Partisanenkrieges vorbereitet zu haben, trifft die deutsche militärische Führung und sollte nicht hinter so apodiktisch klingenden Aussagen wie „völkerrechtswidrige“ Kriegsführung oder gar „Die Sowjetunion stand völkerrechtlich außerhalb der Staatengemeinschaft“, S.25, versteckt werden.

Seidler hat sich mithin mit seiner „Edition“ keine Meriten erworben. Aber was kann/soll man von einem Geschichtspräsident erwarten, der seine Wissenschaft der Unseriosität und Manipulierbarkeit ihrer Ergebnisse zeugt? Meint er sich selber oder will er sich und andere vor „mißliebigen“ Erkenntnissen immunisieren? Heinz-Ludger Borgert

Ausland

Auf dem Weg in die sechste Republik?

Der jüngste Wahlerfolg der Le Pen-Partei hat in Frankreich zu einem politischen Nachbeben geführt. Die bürgerliche Rechte steht möglicherweise vor dem Aus. Mit einer Wahlrechtsänderung ist dem „Front National“ mit seinem wachsenden Wählerpotential nicht mehr beizukommen.

Ganze 36 Mandate Zugewinn für eine Partei bei insgesamt rund 2.500 zu vergebenden Sitzen in den Regionalparlamenten haben zu einem politischen Erdbeben geführt, das politische Beobachter bereits orakeln läßt, in Frankreich könnten sich vergleichbare Umwälzungen der Parteienlandschaft anbahnen wie vor einigen Jahren in Italien. Dort war die jahrzehntelang regierende Democrazia Christiana nahezu vom Erdboden verschwunden; die bürgerliche Mitte hatte einen Umgruppierungsprozeß vollzogen, der zum Ende der bisherigen Stigmatisierung der Postfaschisten und letztlich ihrer Regierungsbeteiligung unter Berlusconi führte. Die Annahme der Unterstützung des „Front National“ durch einige führende Regionalpolitiker des konservativ-rechtsliberalen Bündnisses in Frankreich sowie der Widerstand an der Basis dieser Parteien gegen den von oben verordneten Kurs der strikten Abgrenzung von der Partei Le Pens können als erste Anzeichen eines vergleichbaren bruchhaften Wandels angesehen werden.

Kennzeichnend für die Dramatik der Auseinandersetzungen, bei denen es sich nicht nur um einen Kampf um die Fleischtöpfe handelt, sondern vielmehr um einen grundlegenden Richtungsstreit, sind die Querelen im Vorfeld der Wahl des Regionalpräsidenten des eminent wichtigen Gebietes Ile-de-France, des Kernlandes um Paris. Dort wurde die Wahl des Präsidenten zunächst verschoben, da sich andeutete, daß auch hier die Regionalparlamentarier - wie zuvor in fünf anderen Regionen - bereit sein könnten, die Unterstützung durch den FN in Anspruch zu nehmen. Die gegenwärtige Regierungskoalition, die „gauche plurielle“, hatte in der Ile-de-France die relative Mehrheit erhalten. Die linksliberale Tageszeitung „Libération“ meldete, 70 der 83 Abgeordneten des gaullistischen

RPR und des konservativ-neoliberalen Parteienbündnisses UDF seien bereit gewesen die Hilfe des FN in Anspruch zu nehmen. Erst massive Interventionen der Parteizentralen und sogar des Staatspräsidenten Jacques Chirac verhinderten dies. Allerdings nur unvollkommen. Trotz „Intensivüberwachung“, so „Le Monde“, gab es 21 Rebellen. 16 von ihnen notierten auf dem Stimmzettel handschriftlich den Namen des Gaullisten Didier Julia. Dieser stand zwar eigentlich gar nicht zur Wahl, hatte sich aber besonders intensiv für eine Erosion der Abgrenzung gegenüber den Gefolgsleuten Le Pens eingesetzt. Ein weiterer Mandatsträger stimmte gar gleich für den FN-Fraktionsvorsitzenden Jean-Yves Le Gallou, einen der strategischen Vordenker der Partei, der dem Zentralkomitee des „Front National“ angehört und mit anderen Spitzenkadern der neoliberalen Denkfabrik Club de l'Horloge 1985 vom GRECE zu Le Pen gestoßen ist. Zuvor hatte er selbst der UDF-Gliederung Parti Républicain angehört.

■ Methode Zuckerbrot und Peitsche ■

Auch wenn der FN für die Wahl der Regionalpräsidenten lediglich relativ moderate Wahlprüfsteine aufgestellt und auf personelle Forderungen ganz verzichtet hatte, so zeigte sich doch schnell, daß es sich um vergiftete Geschenke handelte. In der wichtigen Region Rhone-Alpes, in der ein Patt zwischen der Linken und der gemäßigten Rechten herrscht, hatte der frühere Verteidigungsminister Charles Millon (UDF) die Stimmen des FN akzeptiert. Im Gegensatz zu anderen auf diese Weise Gewählten trat er nicht zurück und ließ sich auch durch die Suspendierung der Parteimitgliedschaft nicht schrecken, sondern ging in die Offensive. In Lyon berief er eine Versammlung seiner Anhänger ein, zu der 1.500 Personen erschienen. Prominente Persönlichkeiten des konservativen Lagers erklärten ihre Unterstützung für seinen Plan, eine neue Wahlformation ins Leben zu rufen. Ähnliche Absichten verfolgt auch Francois Bayrou, der Vorsitzende der christlich-demokratischen Partei Force Démocrate innerhalb der UDF. Bei einer Art von kleinem Parteitag der UDF schließlich konnte in Bezug auf Bündnisse mit den Rechtsextremisten keine Einigung hergestellt werden. Die UDF steht damit vor dem Zerfall.

Inzwischen mußte Millon allerdings erfahren, daß der FN sich nicht als Manövriermasse gebrauchen läßt. Deren Fraktion um den FN-Europaparlamen-

tarier Bruno Gollnisch verweigerte den Kandidaten Millions für die Posten der Vizepräsidenten die Zustimmung, da Forderungen des FN nicht erfüllt worden seien. In der Konsequenz wurden zwei Sozialisten gewählt. Faktisch hat der FN durch sein Verhalten die Konservativen zu seinen Geiseln gemacht, arbeitet jetzt mit der Methode Zuckerbrot und Peitsche. Die Hilflosigkeit von UDF und RPR angesichts dieser Situation veranschaulicht die Lage in der Region Provence-Alpes-Côte-d'Azur. Dort wurde der FN zur stärksten Partei, die Linksparteien stellen die relative Mehrheit. Dort stellte der konservative Block gleich zwei Kandidaten für die Präsidentschaft auf. Hätte es nur einen gegeben, hätte die Gefahr bestanden, daß die Abgeordneten des FN in einem Überraschungscoup statt für ihren Parteivorsitzenden doch für den konservativen Kandidaten gestimmt hätten. Hätte man gänzlich auf einen eigenen Anwärter verzichtet, hätte man eventuell vor der ebenso unangenehmen Situation gestanden, daß es etliche Kreuze aus den eigenen Reihen für Le Pen gegeben hätte.

■ Der Triumph des Ideologen über den Haudegen ■

Le Pen selbst ist allerdings vorläufig juristisch mit seinen hochfliegenden Träumen außer Gefecht gesetzt worden. Da er vor den letzten Parlamentswahlen eine sozialistische Kandidatin in Mantes-la-Jolie, im Wahlkreis seiner Tochter, tätlich angegriffen hatte, wurde er im März zu einer Bewährungsstrafe von drei Monaten und einer Geldbuße von 20.000 FF (ca. 7.000 DM) verurteilt. Schmerzhafter für ihn dürfte der ebenfalls verhängte Verlust der Wählbarkeit für die Dauer von zwei Jahren sein, der außerdem die Aberkennung seiner Mandate im Europaparlament und im Regionalrat zur Folge hat. Zwar legte der Parteichef umgehend Berufung gegen den Urteilsspruch ein, doch dürfte sich höchstens bei der Strafzumessung etwas ändern. Unmittelbar danach kündigte auch die Staatsanwaltschaft München an, daß sie die Aufhebung seiner Immunität beantragen werde, um eine Strafverfolgung zu ermöglichen. Dort hatte Le Pen bei der Vorstellung des jüngsten Buches von Franz Schönhuber im Dezember vergangenen Jahres seine Aussage, bei den Gaskammern handele es sich lediglich um „ein Detail der Geschichte“, wiederholt.

Sowohl die politischen Folgen der Regionalwahlen als auch der juristische Druck auf Le Pen stär-

ken die Position seines ungeliebten Kronprinzen und Rivalen Bruno Mégret, der Punkte im Rennen um die Nachfolge des alternden Führers sammelt. In der FAZ (25.3.98) analysiert Jürg Altwegg: „Nicht Le Pens Taktik, die keinerlei Bündnis mit der etablierten Rechten vorsah, ist aufgegangen - triumphiert hat jetzt sein größter Rivale Bruno Mégret. Er stammt aus dem Bürgertum, war selbst Gaullist, bevor er sich der Neuen Rechten anschloß und zum Front National übertrat. Mit ihm triumphiert ein kulturell ausgerichteter, ideologisch abgestützter Neofaschismus über die Saalschlägermentalität des primitiven Populisten Le Pen. (...) Bruno Mégret buhlt nicht um die heimliche Anerkennung des Bürgertums: Sein Haß auf seine Herkunft und Klasse hat eine geradezu stalinistische Dimension. Doch er weiß um die Bedeutung der kleinen Schritte - und ist zu Konzessionen bereit. Er ist gefährlicher als Le Pen und jede Allianz mit ihm die Vorstufe zu Suizid.“ Altwegg hat berechtigte Angst vor einer solchen Entwicklung. Er plädiert für eine Große Koalition, die sowohl Kommunisten als auch FN ausgrenzen soll. Die französischen Sozialisten, so die „Zeitung für Deutschland“ könnten damit eine Art historische Wiedergutmachung leisten, denn: „Unter Mitterand, der ihn förderte, kam der Front National von einem halben auf fünfzehn Prozent. Der Staatspräsident verdankte ihm 1988 seine Wiederwahl. (...) Die Linke, die nie gegen rechtsextreme Stimmen protestierte, hat das faschistische Feuer geschickt geschürt. Ihre Empörung hat deshalb etwas Heuchlerisches...“ Die Buße für den Sündenfall der Sozialisten besteht für Altwegg in der Trennung von ihren Bündnispartnern.

Ebenso ungeeignet und hilflos erscheint die Vorgehensweise des Staatspräsidenten Jacques Chirac. In einer Fernsehansprache bezeichnete er den FN erfreulich deutlich als „fremdenfeindlich und rassistisch“. Er befürchtet einen Imageverlust Frankreichs durch das weitere Erstarken des FN. Doch anstatt eine antirassistische Politik einzufordern, plädierte er umgehend für einen Demokratieabbau als Gegenmaßnahme. Das Wahlrecht auch bei den Regionalwahlen solle auf das Mehrheitswahlrecht umgestellt werden. In der Vergangenheit hat dies zu einer weitgehenden Ausgrenzung des FN geführt. Diese Methode kann aber nicht mehr funktionieren, wenn das Potential des FN weiter wächst und die Abgrenzung zu ihm weiter abgeschliffen wird. Beide Tendenzen sind absehbar. Eine sechste Republik wäre die logische Folge.

Jean Cremet

Aktivitäten**Unterwanderter
Fußballverein**

Die NPD agitiert eifrig unter den Mitgliedern des Fanclubs Hertha BSC. Die Abgrenzungsbemühungen des Vereins erscheinen kaum von Erfolg gekrönt.

Berlin hat Sorgen mit seinem millionenschweren Sportprestigeobjekt, dem Fußballklub Hertha BSC. Auf dem Spielfeld geht nach Abstiegsbängen und kurzem Höhenflug alles seinen mittelmäßigen Gang. Aber Hertha soll nach dem Willen seiner Investoren mehr sein als nur Profikickerei, soll ein Aushängeschild der Hauptstadt werden, so, wie sie selbst gern sein möchte: ökonomisch gesund, fachlich erfolgreich, politisch fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Ordnung. Und das nicht allein in den engen Grenzen des Vereins, sondern stellvertretend für 50 000 Fans, die bei Heimspielen in das Olympiastadion zu kommen pflegen. Gerade ein Teil dieser Fans sorgt aber in letzter Zeit immer wieder für Negativschlagzeilen. Da werden nach Spielschluß in Nahverkehrsmitteln antisemitische Sprüche geklopft, da werden Passanten belästigt, da wird in Neonaziweise randaliert. Die NPD steht nicht nur wohlwollend und fürsorglich im Hintergrund. Sie mischt kräftig mit. Anfang des Monats mußte sich der Hertha-Vorstand in aller Form von NPD-Aktivitäten distanzieren und auf Unterlassungsklagen. Zuvor hatte die NPD bei den Spielen gegen Schalke und Stuttgart Handzettel zu der Parole „NPD für Hertha“ verteilen lassen. „Berlin statt Berlyn“ las man auf solchen Pamphleten und „Ist-anbul den Türken, aber Berlin den Deutschen“.

Die Stellungnahme des Vereins war eindeutig. „Hertha BSC verwahrt sich gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Diesbezügliche Kundgebungen bei Spielen im Olympiastadion, sei es durch Gesten, Worte oder Transparente, werden von Hertha BSC unterbunden und die handelnden Personen der Strafverfolgungsbehörde übergeben.“ Wer beim Handzettelverteilen erwischt werde, erhalte Stadionverbot. Beim Berliner Landgericht erwirkte Hertha eine einstweilige Verfügung, mit der der NPD im Wiederholungsfall eine Ordnungsstrafe in Höhe von 500 000 Mark angedroht wird. Leider ist eher unwahrscheinlich, daß den Maßnahmen ein dauerhafter Erfolg beschieden sein wird.

Gegenüber Fernsehreportern prahlten jugendliche Neonazis danach, 80 Prozent der Mitgliedschaft des Hertha-Fanclubs denke wie sie. Demonstrativ stellten sie sich hinter die NPD: Es sei geil, daß es diese Partei gebe, und die Türken seien echt Scheiße. Die Sieg-Heil-Rufe im Block würden fortgesetzt. „Das Verbot muß ich beachten“, sagte einer, der Angst vor einem Stadionverbot hatte. „Da denke ich also die Rufe vorläufig nur noch mit.“

Nachdenklich stimmten nicht nur diese Äußerungen, sondern auch die Reaktion von Hertha-Pressesprecher Graus. „Ich persönlich sehe dieses Problem nicht so extrem“, lautete sein Statement vor der Kamera, als er mit den Stimmen der Jugendlichen konfrontiert wurde. „Rechte gibt es überall. Vielleicht sind es hier ein paar mehr.“ Kann man das noch Nativität nennen? Zumal vor den Toren eines Stadions, in dem die Sieg-Heil-Chöre für den „Führer“ bei den Olympischen Spielen von 1936 die Eröffnungsfanfare für den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg bildeten.

Ralf Bachmann

Spaltpilz der Szene

Der 1994 gegründete neonazistische „Freiheitliche Volks Block“ (FVB) gerät innerhalb der rechtsextremistischen Szene verstärkt unter Kritik. In einem jüngst veröffentlichten Flugblatt einer „Initiative freier und organisierter Nationalisten des nationalen Widerstandes“ gehen dessen Autoren hart mit dem „Freiheitlichen Volks Block“ (vgl. BNR 11/97) ins Gericht. Dem FVB werden unter anderem ein „unpolitischer Charakter“, „politisch inhaltliche Leere“, „martialisches Auftreten“, „geringe Mitgliederzahl“, „destruktive Aktionen“ und ein „Konfrontations- und dummer Kriminalisierungskurs“ vorgeworfen.

Besonders kritisiert wird das öffentliche Auftreten des FVB und dessen verschiedene Versuche, Veranstaltungen der braunen Szene „zu instrumentalisieren, zu verhindern oder zu sprengen“. Als außerordentlich mißlungen wird dabei der Auftritt des „Volks Blocks“ in Madrid anläßlich des Todestages von Franco im vergangenen November begriffen. Zum einen erbrachten die FVBler vor laufender Fernsehkamera den im übrigen auch in Spanien verbotenen Hitlergruß. Zum anderen scheuten sich Angehörige bzw. Sympathisanten des FVB nicht, in Madrid andere Rechtsextremisten „zweimal gar tödlich anzugreifen und damit eine Schlägerei im Ausland zu provozieren“.

S. B.

Grauzone

In ehrenwerter Gesellschaft

In den aktuellen „Who is Who“ haben 33 000 bedeutende Persönlichkeiten Eingang gefunden. Darunter befinden sich seltenerweise auch einschlägig bekannte Vertreter der extremen Rechten wie Rolf Schlierer oder Emil Schlee.

Die deutsche Ausgabe des renommierten Nachschlagewerkes „Who is Who“ ist ein publizistischer Faktor, und dies bereits seit 1905. In der neuen Ausgabe werden wieder zehntausende Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Lehre, Kunst und Kultur vorgestellt. Doch auch in der Neuaufgabe tummeln sich darunter wieder Exponenten des ultrarechten politischen Lagers.

In den aktuellen „Who is Who“ aufgenommen wurde beispielsweise „Republikaner“-Chef Dr. Rolf Schlierer, seit 1994 Bundesvorsitzender dieser rechtsextremen Partei. Zugangsberechtigung für den „Who is Who“ erhielt auch Dr. Alfred Mechtersheimer, einst Bundestagsabgeordneter für die Grünen und selbsternannter Friedensforscher, der in zahlreichen Veröffentlichungen und Reden für die „Selbstbefreiung“ der Deutschen und einen „neuen Patriotismus“ plädiert. Die von ihm initiierte „Deutschland-Bewegung“ werde von rechtsextremistischen Gruppen positiv bewertet, bescheinigte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage und bestätigte Verbindungen Mechtersheimers zu den „Republikanern“ und zu anderen Rechtsgruppierungen.

Verleger Norbert Beleke, Chef des Schmidt-Römhild-Verlages (des ältesten Verlags- und Druckhauses Deutschlands) und Präsident des Verbandes deutscher Adreßbuchverleger, preist die 33 000 Eingetragenen im deutschen „Who-is-Who“-Ableger als „vorbildliche Persönlichkeiten, die beachtliche Leistung vollbringen und in breiten Bevölkerungsschichten besondere Anerkennung finden“. Im Hinblick auf die neueste Version des „Wer ist Wer“ nimmt der Verleger für sich in Anspruch: „Noch mehr als vorher kann diese Enzyklopädie bedeutender Persönlichkeiten eine gute Verbindung schaffen zu den Vorreitern und Schrittmachern in unserer Gesellschaft.“

Vor dem Hintergrund dieser hehren Worte des Lübecker Geschäftsmannes erscheinen allerdings manche Einträge als äußerst zweifelhaft. Warum beispielsweise gilt - wie im übrigen auch Schlierer oder Mechtersheimer - Professor Emil Schlee als „Vorreiter und Schrittmacher“, als „vorbildliche Persönlichkeit?“ Immerhin war der ehemalige hessische CDU-Landtagsabgeordnete von 1987 bis 1992 einer der führenden „Republikaner“, saß für diese ultrarechte Partei im Europäischen Parlament und leitete ihre Programmkommission. Schlee fällt nach wie vor als Referent und Autor einschlägiger Organisationen beziehungsweise Medien unangenehm auf, etwa als Redner der „Gesellschaft für freie Publizistik“, der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ und des „Witkobundes“.

Warum erhält auch Dr. Alfred Schickel einige Zeilen Ehrung im „Wer ist Wer“, obwohl der Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI) die deutsche Geschichte „im Sinne einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der Leugnung der deutschen Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg“ umdeuten wolle (so das 1996 erschienene „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus“). Schickel, 1989 merkwürdigerweise mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, wurde drei Jahre zuvor mit einem Preis versehen, den er vermutlich nicht besonders schätzt - mit dem „Kriegspreis“ der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) als Gegenstück zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. In der HBV-Begründung wurde ausgeführt, Schickel bestreite die „alleinige Kriegsschuld Deutschlands, bezweifelt die Zahl der jüdischen und polnischen Opfer, stellt die Politik der Polen in den 30er Jahren als kriegslüsternd dar und entschuldigt gleichsam deutsche Verbrechen in KZs mit Übergriffen der Amerikaner bei der Befreiung“.

Thomas Klaus

Demokratische Initiativen

In der Bergischen Kaserne in Düsseldorf wurde vom 15. bis 24. April die vom Bundesamt für Verfassungsschutz konzipierte Ausstellung „Demokratie ist verletzlich. Rechtsextremismus in Deutschland“ gezeigt. Die Wanderausstellung, die für die Bundeswehr noch ergänzt wurde, bietet einen umfassenden Überblick über die Bandbreite rechtsextremistischer Erscheinungsformen. Im Laufe eines Jahres soll die Dokumentation noch in rund 30 Bundeswehrstandorten zu besichtigen sein.

NS-Vergangenheit**Nazi-Verbrechen bis heute ungesühnt**

Der frühere SS-Mann Anton Malloth wurde 1948 wegen Mordes und Beihilfe zum Mord in der Tschechoslowakei in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Unbehelligt lebt er heute in einem Altenheim in der Bundesrepublik.

Mit dem beschaulichen Pensionärsleben könnte es bald vorbei sein - Prag will Malloth (geboren am 13. Februar 1912 in Innsbruck) vor Gericht stellen. Ein Sprecher der tschechischen Justiz sagte am 9. April der Zeitung „Pravo“, daß Malloth erneut angeklagt werde, wenn ihn die Bundesrepublik ausliefern würde.

Prag hatte sich wiederholt vergeblich darum bemüht, daß Bonn den früheren SS-Mann ausliefert. Doch die deutschen Behörden verschanzten sich bisher hinter der Ansicht, daß Malloth deutscher Staatsangehöriger sei und daher nicht an Tschechien ausgeliefert werden könne. In einem jüngst vorgestellten Gutachten zieht der Bonner Professor Raimund Wimmer das Fazit, Malloth sei kein deutscher Staatsangehöriger.

Malloth, der als Wachmann in der „kleinen Festung“ Theresienstadt bei Prag von 1940-1945 an der Mißhandlung und Ermordung von Gefangenen beteiligt gewesen sein soll, lebt seit 1990 in einem komfortablen Altersheim in Pullach bei München. Betreut wird Malloth in seinem Altersruhesitz von Gudrun Burwitz, der Tochter des früheren Reichsführers-SS, Heinrich Himmler. Diese ist eine der führenden Köpfe der 1947 gegründeten „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“, die rund 40 Altnazis und ehemalige Angehörige der Waffen-SS in ihren Reihen hat. Den Unterhalt Malloths im Altenheim (ein Platz kostet zwischen 140 und 160 Mark am Tag), Träger ist der „Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband“, bestreitet das Sozialamt des Landkreises München, obwohl das angeblich mittellose Mitglied der Waffen-SS „notariell beglaubigt“ über Einnahmen aus einem Wohnhaus in Südtirol/Italien verfügt. Nach Recherchen des Kölner Autors Peter Finkelgruen* soll Malloth in Meran an der Via Petrarca ein Mehrfamilienhaus besitzen, das er zwar seiner Tochter Anneliese überlassen hat, sich aber notariell die „Genuß-

rechte“ (Mieteinnahmen) gesichert hat.

Finkelgruens Großvater, ein jüdischer Kaufmann, der vor den Nazis nach Prag geflohen war, wurde in der „kleinen Festung“ Theresienstadt, dem GESTAPO-Gefängnis im dortigen KZ, im Dezember 1992 erschlagen; als Tatverdächtiger gilt Malloth. Vaclav Novak, Leiter der Gedenkstätte in Theresienstadt schrieb unlängst in der tschechischen Presse über Malloth: „Trotz seines Spitznamens >Der schöne Toni< war Malloth ein grausamer und böser Mensch mit einem Hang zum Alkoholumismus. Wenn er getrunken hatte, war es besonders brutal zu den Häftlingen. Gern und freiwillig meldete er sich zu Hinrichtungskommandos.“

Warum Malloth bisher nicht von der Polizei verhört werden konnte, erklärte der bayrische Innenminister Günther Beckstein (CSU) vor wenigen Wochen damit, daß mehrere Versuche des bayerischen Landeskriminalamtes eine Vernehmung durchzuführen, gescheitert seien: „Die Vorladungstermine wurden (...) unter Vorlage eines ärztlichen Attestes über die Vernehmungsfähigkeit des Anton Malloth durch den Rechtsanwalt abgesagt.“

Für die rechtspolitische Sprecherin der bayerischen Fraktion 90/Die Grünen, Sophie Rieger, kommen diese Ausführungen „dem Eingeständnis gleich, daß im Falle des beschuldigten SS-Mannes der Aufklärungswille der Behörden trotz des schwerwiegenden Mordvorwurfs nur äußerst begrenzt ist“.

Der gelernte Metzger Malloth wurde in frühester Kindheit von seiner in Innsbruck lebenden Mutter zu Pflegeeltern ins südtirolische Schenna bei Meran abgegeben. Südtirol wurde alsbald italienisch und Malloth zum Italiener. 1939 handelten Hitler, und Mussolini den Kompromiß aus, wonach die Südtiroler über ihre Nationalität selbst bestimmen dürfen. Malloth wechselte zum Deutschtum über und erhielt am 21. Februar 1940 vom Landeshauptmann von Tirol die Einbürgerungsurkunde. Nach 1945 hielt sich Malloth in Österreich auf und flüchtete 1949/50 - aus Angst vor einer Auslieferung an die Tschechen - wieder nach Schenna/Südtirol, wo er bis 1972 als Italiener geführt wurde. Parallel ließ er sich widerrechtlich 1957 vom deutschen Konsulat in Mailand einen bundesdeutschen Paß ausstellen, der zuletzt 1973 wiederum verlängert wurde.

Im Sommer 1988 wurde Malloth aus Italien nach Deutschland abgeschoben und von Oberstaatsanwalt Klaus Schacht, Leiter der nordrhein-westfälischen „Zentralstelle für die Verfolgung von NS-Massenverbrechen“ bei der Staatsanwaltschaft Dortmund verhört. Nach seiner Vernehmung be-

antragte Malloth „spontan“ die Ausstellung deutscher Ausweisdokumente, die ihm von der Kreisverwaltung München am 18. Januar 1989 dann auch gewährt wurden.

Nach Malloths Abschiebung 1988 strahlte das Fernsehmagazin MONITOR einen Beitrag über den Fall aus. Darin erklärte Oberstaatsanwalt Schacht, er könne gegen Malloth keinen Haftbefehl erlassen, weil kein „dringender Tatverdacht“ vorliege. Der verstorbene Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, bezeichnete damals die juristische Behandlung des Falles Malloth als „ganz unwürdigen und beschämenden Vorgang“. Auch der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, war über das Verhalten der bundesdeut-

schen Justiz empört: „Ich kann nicht verstehen, daß der Oberstaatsanwalt keinen dringenden Tatverdacht sieht“. Jetzt, zehn Jahre danach, teilt Schacht mit, daß immer noch einige tschechische Zeugen zu vernehmen seien. Von deren Aussagen hänge es auch ab, ob Mordanklage erhoben werde. Besonders eilig scheint es die „Zentralstelle“ mit der Wahrheitsfindung in Sachen Malloth trotz allem nicht zu haben - wird gegen diesen doch von der Schacht-Behörde bereits seit 1970 ohne konkrete Ergebnisse ermittelt.

Anton Maegerle

***Finkelgruen, Peter: Haus Deutschland oder Die Geschichte eines ungesühnten Mordes. Reinbek bei Hamburg 1994 ca. 180 Seiten; 1090-ISBN 3 499 19610 7**

Analyse

Keine „Entwarnung bei den Republikanern“

Nachdem der Einzug der REP 1996 in den Landtag Baden-Württemberg ihre Mobilisierungsfähigkeit demonstriert habe, so das Ergebnis einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Wählerpotentiale von PDS und „Republikanern“, sei es verfrüht, den Einfluß der REP auf die Bundespolitik auszuschließen.

Die Wähleranteile der PDS und „Republikaner“ stagnieren nach der Langzeitbeobachtung der Konrad-Adenauer-Stiftung seit 1994. In einer durch Infratest/dimap im Herbst 1997 durchgeführten Meinungsumfrage wird das Wählerpotential der beiden extremen Parteien Ende 1997 auf fünf Pro-

zent (PDS) bzw. zwei Prozent (REP) beziffert. Zu Recht warnt die Stiftung vor der Vermutung, man könne vom Niedergang der „Republikaner“ ausgehen, Überraschungserfolge seien regelmäßig nicht ausgeschlossen, da gerade die „Republikaner“ kurzfristig aus Protesthaltung bzw. aus Denkmotiven gewählt werden. Die Wahlabsichten für PDS und REP haben sich seit 1991, wie der nachfolgenden Statistik zu entnehmen, entwickelt: Während das Sympathisantenpotential der „Republikaner“ bereits 1996 rückläufig sei, sei eine derartige Trendwende erst 1997 bei der PDS eingetreten.

Das von Viola Neu gefertigte Arbeitspapier ist zu beziehen über die Konrad-Adenauer-Stiftung, Referat für Publikationen, Rathausallee 12, 53757 St. Augustin; Internet-Adresse: <http://www.kas.de>

Klaus-Henning Rosen

Eine Wahlabsicht für PDS und REP äußerten...

	1991/1	1991/2	1993/1	1993/2	1994	1995/1	1995/2	1996	1997
PDS-West	-	-	1	1	1	1	1	1	1
PDS-Ost	9	9	14	15	20	21	21	24	22
PDS insg.	2	2	3	3	5	5	5	5	5
REP-West	2	3	5	5	2	3	2	3	2
REP-Ost	1	4	4	4	1	2	2	1	2
REP insg.	2	3	5	5	2	3	2	3	2

Aus dem Verfassungsschutz

Wachsendes Potential in Bayern

Auch im Freistaat gehen die Uhren nicht mehr anders, der Rückgang des Rechtsextremismus hat sich auch dort umgekehrt. Der bayerische Innenminister Beckstein betrachtet die Entwicklung im rechtsextremistischen Bereich „mit großer Sorge“, wie er anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für 1997 betonte. Dem bundesweiten Trend entsprechend, ist in Bayern die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten stark angestiegen (1.143 Vorfälle; 1996:811), verdoppelt haben sich nach diesen Angaben die rechtsextremistischen Gewaltdelikte auf 39 (1996: laut BKA-Angaben 19; der Bericht des Bundesinnenministeriums spricht von 30) Vorfälle. Im Zuwachs begriffen ist auch das rechtsextremistische Personenpotential, das auf 7.900 (1996:7335) beziffert wird. Den Löwenanteil davon stellen nach wie vor die „Republikaner“, die in ihrem einstigen Stammland nun wieder 4.300 Mitstreiter in ihren Reihen zählen. Weniger günstig stellt sich die Situation bei der DVU dar, deren Mitgliedschaft (1.800) „überaltert“ sei, so der Bericht, und die nach wie vor hochverschuldet bei ihrem Vorsitzenden Dr. Frey in der Kreide stehe. Nach wie vor hält sich auch die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (120 Anhänger); im Zusammenhang mit deren Treffen vom November in Kösching wird auch der Ultranationalist Alfred Mechtersheimer erstmals namentlich im Bericht erwähnt. Die bayerische NPD-Landesverband konnte von dem für 1997 konstatierten bundesweiten Mitgliederzuwachs von 1.305 Personen nur geringfügig partizipieren (+30) und verfügte zum Ende des Berichtszeitraums gemeinsam mit ihrer Jugendorganisation über 740 Mitglieder. In Bayern führte die NPD innerhalb eines Jahres ihre bundesweit spektakulärsten Aktionen durch: zur „Anti-Wehrmachts-Demonstration“ am 1. März 1997 in München konnte sie 4.300 Personen mobilisieren; zu ihrem „Tag des nationalen Widerstands“ in Passau fanden sich im letzten Februar etwa 4.000 Rechtsextremisten und Neonazis ein. Von der schon seit geraumer Zeit zu beobachtenden zunehmenden Politisierung der Skinhead-Szene profitierten augenscheinlich die „Jungen Nationaldemokraten“. Zulauf erhielten sie von der im Sommer 1996 verbotenen Gruppierung „Skinheads Allgäu“ und ebenso rekrutieren sich rund 40 Prozent ihres heutigen Anhängerpotentials aus Skinheads. So wird beispielsweise der JN-

Stützpunkt Augsburg von einem Skinhead geleitet, die Stützpunkte München und Freising sind mit Skinheads durchsetzt. Die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads in Bayern ist immerhin um 40 Prozent auf 600 (Vorjahr:360) angewachsen. Im Skinhead-Revier fischt konkurrierend zu den JN auch der erstmals im Bericht aufgeführte, neben Bayern und Baden-Württemberg ebenso in Schleswig-Holstein aktive, neonazistische „Freiheitliche Volks Block“. Die aus der verbotenen „Heimatreuen Vereinigung Deutschlands“ hervorgegangene Gruppierung agiert nach amtlicher Einschätzung in der Szene weitgehend isoliert. Das neonazistische Potential im Freistaat insgesamt ist auf 210 Personen (1996:160) angestiegen, wovon 130 (85) organisiert sind.

Terror- Strukturen in Rheinland-Pfalz

Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber (SPD) warnte angesichts kürzlicher Waffenfunde in der Süd- und Westpfalz vor der Gefahr einer drohenden Entwicklung von „gewaltbereitem Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus“ (vgl. BNR 7/98). Der jüngste Verfassungsschutzbericht weist entsprechend eine Zunahme bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten um rund ein Drittel auf 306 (1996:231) auf, angestiegen sind ebenfalls die Gewalttaten auf 18 Delikte (11) und die Schändung jüdischer Friedhöfe in 8 Fällen (2). Der Skinhead-Szene werden jetzt 300 Personen (250) zugerechnet, wovon wie im Vorjahr 50 als militant einzustufen sind, die schwerpunktmäßig in der Vorderpfalz und in den Räumen Kaiserslautern, Koblenz und Zweibrücken agieren und die Verbindungen zur Szene in benachbarten Bundesländern haben. Zu dem auf etwa 100 Personen geschätzten gewalttätigen Potential zählen noch 50 überwiegend organisierte Neonazis. Erwähnt werden z.B. Gruppierungen aus dem Umfeld des bekannten Rechtsextremisten Ernst Tag und die 1996 gegründete „Nationale Volksfront“ die in ihrer Schrift „Reichsruf“ Anti-Antifa-Propaganda betreibt. Im Raum Ludwigshafen hat sich durch den Versandhandel des Neonazis Christian Hehl ein neuer Schwerpunkt der Szene entwickelt. Konstant ist das Personenpotential der rechtsextremistischen Parteien geblieben: die „Republikaner“ verfügen nach wie vor über 550 Mitstreiter, die DVU hat weiterhin 850 und der zerstrittene NPD-Landesverband 160 Mitglieder. Die Anhängerschaft der in verschiedenen Städten durch Freundeskreise vertretenen JN rekrutiert sich auch in Rheinland-Pfalz weitgehend aus der Skinhead-Szene. G. N.

Hintergrund

Die Steiner-Jünger und der Rassismus

Die niederländischen Rudolf-Steiner-Anhänger wollen sich - vorgeblich - kritisch mit Rassismuskritik auseinandersetzen. Was darunter zu verstehen ist, wird beliebig definiert.

Die Meldung, daß die niederländische Anthroposophische Gesellschaft sich mit rassistischen Aussagen in den Texten Rudolf Steiners kritisch auseinandersetzt und 62 Textstellen aus 89.000 Seiten der Gesamtausgabe künftig nur noch kommentiert erscheinen lassen will, stimmt hoffnungsvoll. Aber wie sieht die Realität aus? Die anthroposophische Zeitschrift INFO 3 Nr. 3/März 1998 vermerkt dazu: „In der Rudolf-Steiner-Gesamtausgabe kommt keine Rassenlehre vor. (...) In Kapitel 5 (des kürzlich von der Gesellschaft vorgelegten Berichts; Anm.d.Verf.) wird ausdrücklich dargelegt, daß der Begriff ‘Wurzelerasse’, wie Steiner diesen als Andeutung einer Entwicklungsepoche der Menschheit benutzt hat, eine andere Bedeutung als der Begriff ‘Rasse’ hat, der im gängigen Sprachgebrauch benutzt wird. Der Begriff ‘Wurzelerasse’ hat eine völlig andere Bedeutung als die Definition, die dem Begriff ‘Rasse’ in Artikel 90quater Strafgesetzbuch gegeben wird“.

Des weiteren gibt die von den Anthroposophen mit Experten aus dem eigenen Lager beauftragte Kommission, die Steiners Rassismuskritik untersuchen sollte, bekannt, daß sie unter Rassismus „Äußerungen“ verstehe, die „mit der Absicht Personen und Gruppen aufgrund ihrer Rasse zu beleidigen oder zu benachteiligen“ getan werden. Dies steht in Widerspruch zur Definition von Diskriminierung durch den Obersten Gerichtshof der Niederlande: „Dabei ist es (...) so, daß die Beantwortung der Frage, ob eine Äußerung für eine Gruppe von Menschen aufgrund der Rasse (...) ‘beleidigend’ ist, von der Art der Äußerung abhängig ist, und nicht von den Absichten desjenigen, der die Äußerungen veröffentlicht.“

Wie umstritten das Gutachten der Kommission tatsächlich ist, wird noch deutlich durch folgende, als „unbedenkliche“ Äußerung aufgeführte Textstelle: „Bei den alten Atlantiern empfanden wirklich noch Angehörige der einen Rasse eine tiefe Antipathie gegen Angehörige einer anderen Ras-

se. Das gemeinsame Blut bewirkte die Zusammengehörigkeit, die Liebe. Es galt für unsittlich, einen Angehörigen eines anderen Stammes zu heiraten.“

Was da als unbedenklich verkauft werden soll, ist die eindeutige Widerlegung, im Werk Steiners sei keine Rassenlehre enthalten. Und ebenso wird Steiners Version der theosophischen Wurzelerassenlehre als Blutslehre entlarvt. Ausschlaggebend ist nämlich nicht das merkwürdige Rassismusverständnis der Anthroposophischen Gesellschaft, sondern geltendes Recht, das hier klar sagt, daß nicht die Absicht, sondern die Wirkung berücksichtigt werden soll. Darüber hinaus steht, deshalb wohl der Hinweis auf die Gesetzeslage, für die Anthroposophen weniger die Frage an, ob rassistische Versatzstücke geäußert wurden, als vielmehr die bange Erwartung, wie man einer in Aussicht stehenden Verurteilung entgegenwirken könne. Was sonst soll denn der Hinweis auf die Strafbarkeit einer Handlung, wenn es doch angeblich um die Klärung der philosophischen Frage nach rassistischen Inhalten geht?

Entsprechend gehen Anthroposophen allerorten mit ihren Kritikern um. Ein schönes Beispiel hat jetzt der anthroposophische Historiker Amnon Reuveni in einem Interview mit der „tageszeitung“ am 9. April geliefert. Er wirft der Kritikerin Julia Iwersen vor - und dies ist die anthroposophische Standardargumentation - ein Zitat Steiners aus dem Zusammenhang gerissen zu haben, um ihm so antisemitische Äußerungen unterschieben zu können. Reuveni sagt zutreffend, daß Steiners Verurteilung des Zionismus gemeint sei, was er dann in dem seiner Meinung nach vollständigen Zitat belegt. Wer die Entstehung des Buches „Ententefreimauerei und Weltkrieg“ des Anthroposophen und Madaznan-Anhangers Karl Heise nicht kennt und auch nicht die weiteren antisemitischen Bemerkungen Steiners, geht hier allzuleicht der Standardausrede auf den Leim.

Der Anthroposophischen Gesellschaft bleibt zu wünschen, daß die Auseinandersetzung mit ihren rassistischen Tendenzen endlich einmal konkreter und realistischer geführt wird, als z.B. der immer wieder geübten Distanzierung von Autoren, die dann fleißig weiter in anthroposophischen Verlagen publizieren. Solange aber der nichtanthroposophische „unterentwickelte Mensch“ derart von anthroposophischen Höhen herab behandelt und mit dem Verdikt des Nichtverstehens belegt wird, sind solche „Klärungen“ schlicht ein nicht zur Auseinandersetzung fähiges, aber dennoch sehr ernst zu nehmendes Übel.

Herbert Rätz

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation+Europa“ (NE) - 48. Jg., 4/98:

Der auf den Irak blickende, einen Schäferhund führende, schwerbewaffnete Uncle Sam („Der Welt-polizist“) auf dem Titelblatt weist auf einen der Schwerpunkte des Aprilheftes, Antiamerikanisches unter dem Thema Neue Weltordnung hin. Das wird als Dienst für Israel unter der Überschrift Antizionismus garniert. So wird erneut auf Juden in der US-Administration hingewiesen. Überraschend die „Enthüllung“, daß die Nachricht über die „junge Jüdin“ Monica Lewinsky, die mit Sex-Geschichten über Präsident Clinton offenkundig auf Bekanntheit und Geld hofft, zu dem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit gedrungen sei, als der israelische Ministerpräsident Netanjahu zu Zugeständnissen an die Palästinenser gedrängt werden sollte. Fröhlicher Antisemitismus in dem Bericht über die Bitte von BM Blüm an jüdische Organisationen um Unterstützung bei der Durchforstung von Kriegsoffer-Renten-Beziehern. Ein weiterer Schwerpunkt des Heftes ist der „Aufbruch der nationalen Jugend“, intoniert von Franz Schönhuber und Klaus Hansen (alias Harald Neubauer). Schönhubers Argumentation ist ersichtlich von dem Bemühen getragen, rechte Krawalltruppen zu integrieren, die er derzeit in Ost- („Mittel-“)deutschland - bei der NPD bzw. in Westdeutschland bei den „Republikanern“ lokalisiert, soweit sie sich binden. Lob für die NPD, deren jugendliche Glatzen sich nach Polizeiaussagen „besonders diszipliniert“ benehmen und sich durch Roeder-Auftritt oder „das überflüssige <Blut>Geraune“ (?) nicht gestört fühlen. Kritik wird geäußert am DVU-Vorsitzenden Frey, der sich mittels Rundschreiben vom 5.2.1998 ausdrücklich abgrenze; Häme gibt es für die REP-Führung, deren „Ängstlichkeit“ die glatzköpfigen Jungen noch nicht kennen. Der Zulauf für die radikalen Parteien sei sicher, wobei Schönhuber das französische Le Pen-Modell für tragfähig hält („eines Tages werden auch die Arbeitslosen in Leipzig ... die Nobelhotels stürmen und denen feinen Leuten die Butter vom <Kaviar>Brot nehmen“ - das klingt nach Klassenkampf). Zumal (so Hansen/Neubauer), „der Anteil der politisch verwendungsfähigen Kurzgeschorenen“ (sic!) durchaus zunehme. Der Tod von Ernst Jünger wird durch Werner Bräuninger breit abgehandelt, auffällig ist das Bemühen, den Dichter als Gegner des Nationalsozialismus und Widerständler erscheinen zu lassen.

Bücherschau

Fundamentalismus und Extremismus

Zu einer Verständigung über die Fakten beitragen, die der Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik im Wege stehen (vgl. S. 11), will der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke mit seinem Buch „Fundamentalismus in Deutschland“. Er fragt dabei danach, „ob und inwieweit sich heute Organisationen, Bewegungen und Kleingruppen im politischen und vorpolitischen Raum von den Fortschrittmustern der Industriegesellschaft abwenden und eigenständige, opponierende, alternative gesellschaftliche Lebensentwürfe entwickeln und praktizieren, die zu einer Gefahr für den Rechtsstaat und die Demokratie werden könnten“ (S. 12f.). Solche Phänomene erfaßt der als Rechts-extremismus-Experte und Autor eines Gutachtens über Scientology bekanntgewordene Autor begrifflich mit der Bezeichnung „Fundamentalismus“.

Dessen Definition als kulturelle, politische oder soziale Erscheinung macht Jaschke fest an der Ergänzung der Fortschrittskritik durch eine Haltung und „Strategie des Kompromißlosen, des Unbedingten und des Absoluten, die den Keim der Gewaltbereitschaft in sich trägt“ (S. 52). Danach beschreibt er die Krisen der demokratischen Systeme als Voraussetzungen für den Aufstieg des Fundamentalismus bezogen auf die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft, Kultur, Politik und Religion und liefert eine historische Skizze zum politischen Fundamentalismus in Deutschland. Dabei bezieht er sich auf rechts- und linsextremistische Tendenzen, aber auch auf fundamentalistische Aspekte in den Alternativbewegungen und den neuen Fundamentalismus des Marktradikalismus. Als weitere Varianten des Fundamentalismus in der Gegenwart behandelt Jaschke danach den islamischen und christlichen Fundamentalismus, Okkultismus und New Age. Die Faszination fundamentalistischer Orientierungen versucht er anschließend, anhand des linken und rechten Extremismus und Terrorismus allgemein wie anhand von Fallstudien (etwa zu Michael Kühnen) darzulegen. Dem folgt als weiteres diesbezügliches Beispiel eine Analyse der Scientology, eine aktualisierte Fassung von Jaschkes Gutachten, das die Organisation als eine „neuartige Form des politischen Extremismus“ (S. 262) beschreibt.

Zusammenfassend bemerkt Jaschke zu den Perspektiven des Fundamentalismus: „Die Versuche solch apokalyptischer Bilder nehmen zu, je mehr die Welt in Unordnung gerät, je unübersichtlicher der Alltag für die Menschen wird, je mehr die Herrschaft der Bürokratie ihren Siegeszug fortsetzt, je anonym die Gesellschaft erfahren wird, je mehr die gemeinschaftsbildenden Institutionen an Attraktivität verlieren und je weniger die Versprechungen und Verheißungen über Lebenschancen eingelöst werden“ (S. 269). Und zur Ambivalenz des analysierten Phänomens bemerkt er: „Insgesamt gesehen bietet der Fundamentalismus das widersprüchliche Bild zerstörerischer, antidemokratischer Energien auf der einen Seite und innovativer, kritischer, korrigierender Potentiale auf der anderen“ (S. 270). Darüber hinaus kritisiert der Autor den einseitigen Umgang mit dem Fundamentalismus: „Dort, wo er fremd und gewalttätig daherkommt, gerät er ins Visier verschiedener Abwehrmechanismen, aber wenn er systemkompatibel im Zentrum der Institutionen agiert, kann er mit Nachsicht, wenn nicht mit Sympathien rechnen“ (S. 271).

Auf der Ebene des Daten- und Informationsmaterials liefert Jaschkes Studie zum Fundamentalismus in Deutschland wenig Neues, viele angesprochene Phänomene sind an anderen Orten detaillierter abgehandelt und eingeschätzt worden. Gleichwohl verdient die vorliegende Arbeit aufgrund ihrer analytischen Qualitäten und der komprimierten Darstellung Interesse sowohl für die Kenner der Materie als auch für Einsteiger ins Thema. Jaschke gelingt es, durch seine anschauliche und systematische Herangehensweise das Thema nicht isoliert, sondern eingebettet in gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen zu beschreiben, was insbesondere hinsichtlich der Ursachenanalyse von Bedeutung ist. Darüber hinaus fällt positiv auf, daß er den Fundamentalismus-Begriff nicht als Schlagwort benutzt, sondern die Problematik eines solchen Sammelbegriffs für inhaltlich ganz unterschiedliche Phänomene systematisch erörtert und dazu Position bezieht. In diesem Kontext erhalten die Leser auch Einblick in die diesbezügliche wissenschaftliche Kontroverse in Deutschland (leider bleibt die internationale Debatte ausgeblendet).

Von daher sind auch kleinere Defizite verzeihlich wie etwa die etwas pauschalisierende Beschreibung zum Themenkomplex „Neue Rechte“ oder die sicherlich nicht unzutreffende, aber nicht weiter begründete Zuordnung des neuen Marktradika-

lismus zum Fundamentalismus. Dem stehen interessante und kenntnisreiche Analysen aus vergleichender Perspektive gegenüber, etwa wenn Gemeinsamkeiten und Unterschiede von links- und rechtsextremistischen Bestrebungen untersucht werden. Dabei fällt auf, daß sich Jaschke, der bislang innerhalb der politikwissenschaftlichen Diskussion als interessantester und vehementester Gegner des extremismustheoretischen Ansatzes galt, sich daraus zentrale Ansätze angeeignet hat und sich mit dem Buch als kritischer Anhänger dieses Verständnisses vorstellt.

Armin Pfahl-Traugher

Hans-Gerd Jaschke, Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft, Hamburg, 1998 (Hoffmann und Campe), 286 S., 29,80 DM

Veranstaltungshinweise

■ **Düsseldorf** - In der Düsseldorf Johanneskirche am Martin-Luther-Platz finden aus Anlaß der 50jährigen Staatsgründung Israels im April/Mai verschiedene Veranstaltungen statt. Für den 27. April ist eine Podiumsdiskussion zu dem Thema „>Gefahr von rechts?< - Was tun wir gegen das Vergessen und die Demokratie?“, und am 11. Mai eine Podiumsdiskussion über Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit angesetzt, die von der Regionalen Arbeitsgruppe „Rhein/Ruhr im Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“, Nes Ammim Deutschland e.V. und der Gemeinschaft Evangelischer Erzieher sowie der Kölner Schüler Geschichtswerkstatt durchgeführt werden. Vom 26. April bis 17. Mai ist im Foyer der Johanneskirche die Ausstellung „50 Jahre Israel“ zu sehen, die von Nes Ammim Deutschland e.V. und dem Preserverband der Evangelischen Kirche im Rheinland getragen und vom „Verein gegen Vergessen - Für Demokratie“ unterstützt wird.

■ **Rastatt** - Die Rechtsextremismus-Expertin und Journalistin Franziska Hundseder, Trägerin des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises 1996, spricht am 7. Mai 1998 zu dem Thema „Rechte machen Kasse“, über das sie auch ein Buch verfaßt hat. Beginn der Veranstaltung, die in der Erinnerungsstätte im Schloß Rastatt stattfindet, ist 19.30 Uhr.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** - Die neonazistische „Kameradschaft Treptow“ befaßt sich in ihrem aktuellen Rundschreiben „Der Schulungsbrief. Blätter zur nationalen sozialistischen Weltanschauung“ mit Umweltschutz und Ideologie. Schuld an den heutigen Umweltschäden sei das Frankfurter „Institut für Sozialforschung“, dessen „Kritische Theorie“ die „totale Ausbeutung der Natur“ lehre. Attackiert wird das Frankfurter Institut ferner, da es im „Rahmen der Umerziehung der Deutschen (...) wesentlich am Abbau des Ansehens“ der Begriffe „Heimat und Vaterland“ beteiligt gewesen sein soll: „Ohne Heimatliebe und Volksbewußtsein jedoch findet ein Umweltschützer nicht den genügenden Antrieb. (...) Ein Heimat- und Vaterlandsverächter kann niemals ein echter und aufrichtiger Naturschützer sein.“, heißt es in der Neonazi-Schrift.

■ **Hamburg** - Nach Informationen des SPIEGEL will die NPD gemeinsam mit Neonazis aus verbotenen Organisationen am 30. Juli am Grab Bismarcks in Friedrichsruh bei Hamburg demonstrieren. Wie der SPIEGEL einen namentlich nicht genannten Funktionär zitierte, solle damit der „Brückenschlag zu konservativen Rechten, etwa in Burschenschaften“ ermöglicht werden.

■ **Hamburg** - Das Hamburger Oberlandesgericht hat den umtriebigen Neonazi Andre Goertz vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen. Der einstige Hamburger FAP-Führer hatte über sein „Nationales Infotelefon“ behauptet, durch den Film „Schindlers Liste“ werde der „Auschwitz-Mythos“ am Leben gehalten. Vergeblich versuchte die Staatsanwaltschaft 1995 zu beweisen, daß mit dem Begriff „Auschwitz-Mythos“ der Holocaust als Erfindung der Juden diffamiert werde. Das Hamburger Landgericht hatte den Neonazi 1995 freigesprochen. Das Oberlandesgericht sollte nun nur beurteilen, ob dem Landgericht juristische Fehler unterlaufen waren: „Rechtsfehler liegen keine vor. Wir hatten nicht zu entscheiden, ob der Ansagetext Ekel erzeugt“, betonte das Gericht.

■ **Leipzig** - Die NPD/JN mobilisiert großflächig zu ihrer Demonstration des „nationalen Widerstands“ am 1. Mai um 11.00 Uhr in Leipzig; Treffpunkt ist der Parkplatz für dem Völkerschlachtdenkmal. Näheres wird unter Info-Telefonnr.

012805/251269 bekanntgegeben. In der aktuellen Ausgabe des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ werden jeweils unter Angabe einer Kontakt-Tel.-Nr. Fahrgelegenheiten aus dem gesamten Bundesgebiet nach Leipzig bekanntgegeben. Die Stadt Leipzig hat indes den NPD-Aufmarsch zum 1. Mai verboten. Ob das Verbot vor Gericht Bestand hat, war bis Redaktionsschluß nicht abzusehen.

■ **Lüneburg** - Das Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg hat das Verbot der Vereine „Heide-Heim e.V.“ (Hamburg) und „Heideheim e.V.“ (Buchholz/Nordheide) für rechtmäßig erklärt. Die beiden Trägervereine des Rechtsextremisten-Zentrums in Hetendorf waren im Februar vom niedersächsischen Innenminister Glogowski verboten worden.

■ **Magdeburg** - Die rechtsextremen Parteien DVU und „Republikaner“ können nach Erhebungen von Meinungsforschungsinstituten bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt zusammen mit sechs Prozent der Stimmen (polis) bzw. die DVU mit sechs Prozent (forsa) rechnen. Beide Parteien wurden mit Listen zugelassen. Für die DVU-kandidieren: Helmut Wolf (Jg.1948), Claudia Wiechmann (1955), Dieter Kannegießer (1937), Veronika Brandt (1957), Gunther Preis (1944), Jörg Büchner (1942), Claus-Dieter Weich (1950), Werner Kolde (1947), Mirko Mokry (1978), Rudi Wiechman (1929), Horst Mertens (1941), Wolfgang Buder (1954), Horst Montag (1944), Eberhard Lehnert (1956), Rudi Czaja (1939), Kerstin Helmecke (1960), Torsten Miksch (1965) und Ingrid Spors (1938). Kandidaten auf der REP-Liste: Wolfgang Höber (Jg.1948), Christine Krause (1948), Christian Höhndorf (1968), Thomas Seyfarth (1968), Horst Schäfer (1942), Maria Zebedies (1969), Günther Arnold (1931), Elke Edel (1943), Hans-Joachim Pieper (1952), Elke Riemann (1949), Günter Gäfers (1943) und Klaus-Dieter Jeserich (1928). Als REP-Direktkandidat tritt ferner im Wahlkreis Zeitz noch Horst Scheffler (geb.1941) an.

■ **Mainz** - In der April-Ausgabe der HNG-Nachrichten befaßt sich die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) u.a. mit der Frage, „warum eigentlich nationale Gefangenenhilfe?“ betrieben werde. Demnach habe „die nationale Gefangenearbeit“ folgende Ziele: „Die ideelle und materielle Unterstützung inhaftierter Kameraden und deren Angehöriger sowie Hilfe bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen und Wohnraum nach der Haftentlassung. Ein weiteres wichtiges Ziel ist, die Öffentlichkeit über Unrechtsmaßnahmen und -urtei-

le zu informieren und zu sensibilisieren.“ Im Mittelpunkt der HNG-Aktivitäten soll in diesem Jahr die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit stehen. Insgesamt betreute die HNG nach Eigenangaben im vergangenen Jahr etwa 100 Gefangene, die aufgrund „politisch motivierter Delikte“ in Haft sitzen.

■ **München** - Der britische Holocaustleugner David Irving hat sich offenbar heftigst mit dem ultrarechten Verlagszaren Herbert Fleissner (Verlagsgruppe Langen-Müller), Präsidiumsmitglied des revanchistischen „Sudetendeutschen Rates“ und Mitglied des „Witiko-Bundes“ verkracht. Irving fordert von Fleissner „rechtens zustehende Honorare“ und mokiert sich lautstark über die „wenig ruhmreichen Buchhaltungsmethoden“ im Hause Fleissner. Den Vorgang hat Irving auf seiner Website im Internet öffentlich gemacht, „damit auch die restlichen Autoren (...) gewarnt werden.“

■ **München** - In der aktuellen Ausgabe des „Witikobriefes“, der in den letzten Monaten zunehmend eine rechtsextreme Prägung erfahren hat, wird Franz Schönhuber scharf angegangen. Schönhuber wird vorgeworfen, daß er „als Journalist selbst einmal Teil des Establishments“ war. Auch habe Schönhuber „mehr als Spalter denn als Integrationsfigur der patriotischen Kräfte gewirkt, so daß sogar spekuliert wurde, ob er in jemandes Auftrage Kapriolen schlage“. Autor des Beitrags ist der Witikone Thomas Fischer, Mitarbeiter des Rechtsextremisten Alfred Mechttersheimer, der auch für das „Ostpreußenblatt“ und die „Junge Freiheit“ zur Feder greift. Fischer unterhält des weiteren enge Kontakte zu dem Rechtsaußen-Professor Hans-Helmuth Knütter.

■ **Schliersee** - Am 24. Mai findet wieder die diesjährige Annaberg-Gedenkfeier im oberbayerischen Schliersee statt. Anlaß ist die 77. Wiederkehr der Erstürmung des Annaberges im einstigen Oberschlesien im Jahre 1921 durch die terroristische „Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland“. Gegründet wurde Oberland, an deren Spitze der Kameradschaftsleiter Rudolf Hüfner steht, ursprünglich als Kampfbund der „Thule-Gesellschaft“ zur Jahreswende 1918/1919. Die „Thule-Gesellschaft“, 1918 als Tarnvereinigung und bayerische Ordensprovinz des rassistischen und antisemitischen „Germanen-Ordens“ ins Leben gerufen, gilt als Vorläuferin und geistige Inspiratorin der „Deutschen Arbeiterpartei“ (DAP), der späteren NSDAP: 1921 erfolgte die dann die Umbenennung des Kampfbunds in „Bund Oberland“ und zwei Jahre

darauf, am 23. September 1923, vereinigten sich der „Bund Oberland“, der „Bund Reichsflagge“ und die SAP der NSDAP zu einem „vaterländischen Kampfbund“, in dessen Vorstand auch Adolf Hitler vertreten war. An dem alljährlich abgehaltenen Treffen, über das u.a. die rechtsextremen Frey-Gazetten berichten, nehmen auch Mitglieder der Münchner Burschenschaft „Danubia“ teil.

■ **Starnberg** - Der umtriebige Rechtsextremist Alfred Mechttersheimer sieht nur dann Wahlchancen für eine rechtsextreme Partei, falls es dieser gelingen sollte, „tief in das SPD-Wählerpotential einzubrechen“. Dazu müsse eine „stärkere, auf die nationale Autonomie orientierte Politik“ betrieben werden, „denn der freie Markt hilft nicht den Schwachen. Und dafür braucht man dann eine glaubwürdige Position, da braucht man auch Vertreter, die das Soziale, die den kleinen Mann repräsentieren“, erklärte Mechttersheimer in einem Interview mit dem revanchistischen „Ostpreußenblatt“. Weiterhin kritisch steht Mechttersheimer dem „Bund Freier Bürger“ gegenüber, da dieser als „eine Partei der guten Besserverdiener“ verstanden werde. Mechttersheimers Sympathie gilt seit geraumer Zeit stattdessen den REPublikanern.

■ **Villingen/Schwenningen** - Am 22. Mai ist im Großraum Rottweil-Villingen-Schwenningen eine Veranstaltung mit dem Europa-Abgeordneten des rechtsextremen „Front National“ Yvan Blot geplant. Nähere Auskünfte sind bei dem DLVH-Spitzenfunktionär Jürgen Schützinger in Villingen-Schwenningen in Erfahrung zu bringen.

■ **Würzburg** - Die rund 1.200 Mitglieder starke „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) hat auf ihrer Bundesversammlung in Würzburg eine neue Führungsmannschaft gewählt. Nachfolger im Amt des Bundesvorsitzenden ist Rene Nehring, der Bernhard Knapstein ablöste. Als Stellvertreter stehen Nehring die Bekenntnis-Vertriebenen Elard von Gottberg, Uwe Faesel und Stefan Rochow zur Seite. Schatzmeister ist Klaus Gundlach; Beisitzer wurden Gunda Sievers, Christian Schaar, Bernhard Knapstein und Rüdiger Stolle. Redner auf der JLO-Bundesversammlung waren u.a. Wilhelm von Gottberg, Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen“, und Alfred Mechttersheimer. An der Veranstaltung nahm auch der Vorsitzende der Ost- und Westpreußenstiftung, Hannes Kaschkat, teil.

■ **Wuppertal** - Ab dem 22. April ist vor dem Landgericht Wuppertal ein Prozeß gegen Mitglieder der

Skinhead-Band „Kraftschlag“ terminiert. Den beiden Hauptangeklagten, Steve Bramekamp und Jens Uwe Arpe, wird die Verbreitung der „Auschwitzlüge“ und Volksverhetzung vorgeworfen. Grundlage der Anklage bietet der Mitschnitt eines konspirativen Konzertes in einer Solinger Kneipe, das von der Polizei aufgelöst wurde. Mitangeklagt sind noch vier weitere Skinheads, die bei der Durchführung des Konzerts mitgewirkt haben. Die Skinband „Kraftschlag“ wird auch von dem Krösus im braunen Musikgeschäft Torsten Lemmer bei Funny Records produziert.

Ausland

■ **Italien (Rom)** - Der Führer der gewendeten italienischen Neofaschisten, Gianfranco Fini, hat im italienischen Fernsehen ein Berufsverbot für homosexuelle Grundschullehrer gefordert. Das sei, als ob ein Pädophiler Kinder erziehen würde, soll sich Fini in diesem Zusammenhang noch geäußert haben. Auch Regierungspolitiker reagierten neben dem Homosexuellenverband entrüstet über die Auslassungen des Chefs der „Alleanza Nazionale“, der sich ansonsten in der Kunst des „Kreidefressens“ übt.

■ **Österreich (Wien)** - Bei der österreichischen Präsidentschaftswahl vom vergangenen Sonntag kandidierte mit Karl Walter Nowak von den „Nationalen“ - Stimmenergebnis knapp drei Prozent - auch ein ausgewiesener Ultrarechter. Nowak ist Autor des sachbuchartigen Romans „Friedenskrieg - Die Errichtung des geheimen Weltreiches“, das im Stil an den antisemitischen Weltverschwörungstheoretiker Jan van Helsing erinnert. In Nowaks Roman wird durch Dialoge seiner Figuren u.a. zur Diskussion gestellt, daß „internationale Bankiers“ am II. Weltkrieg schuld seien, ebenso habe Hitler Polen erst angegriffen, als 56.000 Deutsche umgebracht worden wären. Nowak outet sich auch als Anhänger des „Esoterischen Hitle-rismus“. So schreibt er in seinem Buch von Nazi-Ufos, die in „Neuschwabenland“ stationiert seien.

■ **Schweiz (Baden/Lausanne)** - Mehr als drei Jahre, nach Einführung der Antirassismus-Straf-norm, die auch die Holocaust-Leugnung unter Strafe stellt, drohen bekannten Schweizer Revisionisten erstmals Gefängnisstrafen. Am 16. Juli müssen sich Gerhard Förster, ehemaliger Wehrmachtsangehöriger und Betreiber des Neue Visionen Ver-lages, und sein Autor Jürgen Graf vor dem Bezirks-gericht Baden (Kanton Aargau) verantworten. Eine erste Anklage war bereits vor zwei Jahren er-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

hoben worden, doch der Gerichtspräsident ließ den Fall einfach liegen, bis ihm Mitte Februar der Fall entzogen wurde. Der Staatsanwalt, der wegen der fortgesetzten einschlägigen Aktivitäten von Förster und Graf mehrere Zusatzanklagen nachlieferte, fordert 16 Monate bzw. 18 Monate Haft und 22.000 Franken bzw. 27.000 Franken Geldbuße. Ab dem 16. August steht dann Gaston-Armand Amaudruz, Herausgeber und Redakteur von „Courier de Con-tinent“, ein eifriger Vernetzer rechtsextremer Struk-turen, vor dem Kriminalgericht in Lausanne. Die Anklage gegen den 78jährigen Holocaustleugner bezieht sich auf mehrere in den ersten Monaten 1995 im „Courier de Continent“ erschienene Ar-tikel. Einen der Texte hatte Amaudruz mit „Ich glaube nicht an Gaskammern“ überschrieben.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto